

Fraktion Aktuell!

Vorwort



Sehr geehrte Damen und Herren,

das Jahr nähert sich dem Ende und es ist Zeit, einmal zurück zu blicken.

Die CDU Fraktion hat viele konkrete Probleme und Fragen aufgenommen und ist ihrer Rolle als Opposition gerecht geworden. Es ist und war wichtig, auch die

Anliegen der Bürgerinnen und Bürger aufzunehmen und in die Debatten der BVV einzubringen. So haben wir die Themen des Verbraucherschutzes, wichtige Verkehrsprojekte, die großen Probleme der Neuköllner Schulen, Jugendgewalt oder das Problem der Scheinvaterschaften aufgenommen, um nur einige Beispiele zu nennen.

Ich wünsche Ihnen in Ihrem Engagement für den Bezirk, für Ihre Schule, Institution oder Ihren Verein alles Gute für das neue Jahr 2009 und freue mich auf eine Gute und konstruktive Zusammenarbeit.

Ein schönes Weihnachtsfest und ein gutes neues Jahr wünscht Ihnen Ihre CDU Fraktion!

Beste Grüße,
Ihr Falko Liecke, Fraktionsvorsitzender

Gesundheitlicher Verbraucherschutz

von Stefanie Vogelsang, stellvertretende Bezirksbürgermeisterin

Gesundheitlicher Verbraucherschutz spielt eine ganz wesentliche Rolle in der Arbeit der Neuköllner Selbsthilfezentren. Unter ihrem Dach treffen sich Betroffenen- und Selbsthilfegruppen mit Menschen, die unter vielfach chronischen Krankheiten leiden. Hier findet der Einzelne nicht nur Information und Beratung, sondern auch einen Erfahrungsaustausch und emotionale Unterstützung durch gleichermaßen Betroffene.

Weiterhin engagieren sich die Selbsthilfezentren auch auf dem Gebiet der Gesundheitsförderung und -prävention und vertreten in Kooperation mit dem Bezirksamt den Bezirk Neukölln im "Gesunde Städte-Netzwerk".

Aus meiner Sicht sollte der gesundheitliche Verbraucherschutz insbesondere für die besonders sensiblen Gruppierungen, d.h. für Kinder, Jugendliche und ältere Mitbürger, verstärkt werden.

Dabei ist auch zu berücksichtigen, dass sich gerade sozial schwierige Strukturen mit hoher Arbeitslosigkeit, geringem Einkommen und Bildungsdefiziten auf den Gesundheitszustand der Bevölkerung auswirken können. Insofern sind gerade in Neukölln zusätzliche Anstrengungen zum Schutz und zur Förderung der Gesundheit erforderlich. Dabei kommt den Angeboten, Eigeninitiativen und Projekten der Selbsthilfezentren eine hohe Bedeutung zu.

Mit dem neuen Gesundheitsdienstreformgesetz hat der Senat der Gesundheitsförderung und -prävention einen höheren Stellenwert zugemessen und den Aufgabenbereich explizit dem öffentlichen Gesundheitswesens zugeordnet. Wir haben darauf reagiert, den Bereich personell verstärkt und zur Stelle für ...

Zum Inhalt

Zukunft der Oberschulen ungewiss	2
Jugendgewalt in Neukölln	2
Verkehrsprojekte in Neukölln koordinieren!	3
Umweltzone belastet den Mittelstand	3
Staufalle Britzer Tunnel?	3
Scheinvaterschaft	4
Wohnungsbordelle im Kiez	4
Rudow: Bedrohung von Bürgern unerträglich	4
CDU startet Initiative für Lehrstellen	4

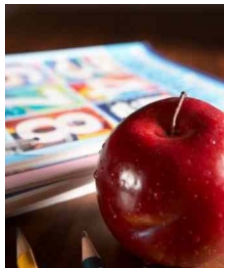
... Qualitätsentwicklung, Planung und Koordination, kurz QPK, weiterentwickelt. Neben der Psychiatrie- und Suchthilfekoordination sowie der Suchtprävention soll hier in Zukunft die Initiierung und Koordination von Maßnahmen der Gesundheitsförderung sowie die Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements im Mittelpunkt stehen. Weitere Zielsetzung ist der Wiederaufbau der Gesundheits- und Sozialberichterstattung, die seit Jahren personell nicht mehr geleistet werden konnte, um auf dieser Grundlage sozialindikative Gesundheitsplanung betreiben zu können.



In diesem Jahr hat QPK bereits einige vielversprechende Projekte und Aktionen durchgeführt oder angeschoben. Ich denke hier beispielsweise an den Vortrag von Herrn Prof. Nabavi zum Thema Schlaganfall, der im UCI-Kino Gropiuspassagen angeboten wurde und große Resonanz fand. Auch das initiierte ÖBS-Projekt KAFKA (Kein Alkohol für Kinder) fand bislang positiven Zuspruch.

Wichtige Themenschwerpunkte sind auch der Gesundheitsschutz für Kinder und Jugendliche, das Werbeverbot für Alkohol und Tabak im öffentlichen Raum, die Ernährungsberatung und -bildung oder die Kennzeichnung von Medikamenten und Lebensmitteln.

Doch mit diesen Maßnahmen ist das weite Feld des gesundheitlichen Verbraucherschutzes bei weitem nicht abgedeckt. Vielmehr ist es erforderlich, neue gesundheitsgefährdende Tendenzen rechtzeitig zu erkennen und diesen Entwicklungen durch gezielte Aktionen, Aufklärung und Informationskampagnen wirksam zu begegnen.



Zukunft der Oberschulen ungewiss

von Christopher Kroll, schulpolitischer Sprecher

Der SPD Bildungssenator hat vor kurzem vollmundig einen Plan zur Veränderung der Schulstruktur in Berlin verkündet. Das Ziel dieser Strukturänderung ist die Auflösung der Berliner Hauptschule, die das Stigma als Resteschule trägt und nicht gerade für den Bildungserfolg der Hauptschüler steht.

Was bisher geschah: Von der Abschaffung der Vorklassen, über die Einführung des jahrgangsübergreifenden Lernens, von der Blockade grundständiger Gymnasien bis zur Einführung der flexiblen Schulanfangsphase sind die "Verdienste" der aktuellen Schulpolitik. Nun soll in Teil Zwei der Veränderung neben dem Grundschulbereich die Oberschullandschaft kräftig durchgerührt werden. Es ist die Rede von der Einführung eines Modellprojekts zur Gemeinschaftsschule, über die Zusammenlegung der

Haupt- und Realschulen bis zur Einführung einer Regionalschule, die dann Haupt-, Real-, Gesamt- und Gemeinschaftsschulen vereinen, neben dem Gymnasium. Man kann dieser Strukturveränderung gewiss auch positive Seiten abringen. Beispielsweise die verstärkte berufliche Ausrichtung in der dann neuen Regionalschule. Auch die Eindämmung des Schreckgespenstes Gemeinschaftsschule, als eine Regionalschule unter vielen, um nicht das differenzierte Bildungsangebot in Berlin in einer einzigen Schulform zu ersticken.

Jedoch bleibt die Frage offen, ob damit die anderen Mängel der Berliner Schule behoben werden können. Massiver Schulstundenausfall, überalterte Lehrerschaft, schlechte Bildungsqualität, finanziell unterausgestattete Schulen, hohe Klassenfrequenzen, insbesondere im Hinblick auf die Schüler-Bugwelle durch die vorgezogene Einschulung, ein Mangel an qualifizierten Fachlehrern, insbesondere an den Oberstufenzentren und Berufsschulen. All diese Mängel bleiben unangetastet. Eine Änderung der Schulstruktur behebt diese Mängel nicht – und rot-rot trägt dafür seit Jahren die Verantwortung.

Jugendgewalt in Neukölln

von Falko Liecke und Fritz Sütterlin

Seit Jahren nehmen die Straftaten von Jugendlichen in Neukölln zu. Erschreckend ist, dass die Taten immer brutaler und die Jugendlichen immer jünger und roher werden. Die CDU-Fraktion Neukölln weist auf dieses Problem schon seit langer Zeit hin, mit dem Ergebnis, in der BVV oftmals als rechtspopulistisch abgetan zu werden.



Alleine in der letzten Legislatur wurden von der CDU Fraktion mehrere Anträge unter dem Motto "Taten statt Stimmungen" zum Thema Jugendgewalt und Gewalt an den Neuköllner Schulen von der rot-rot-grünen Zählgemeinschaft abgelehnt.

Doch nun, seit den neuesten bundesweit auftauchenden Fällen der Jugendkriminalität und der darüber geführten Diskussion rufen plötzlich auch Berliner SPD Politiker nach härteren Maßnahmen und besseren Sanktionierungen. Herr Körting zum Beispiel zieht über seine Senatskollegin Frau von der Aue her und wird prompt vom Regierenden zurückgepfiffen.

Bürgermeister Buschkowsky tönt in mehreren Interviews wie schlimm das alles sei, und das endlich etwas getan werden müsse. Recht hat er! Doch leider kann sich der seit fast 30 Jahren in der politischen Verantwortung stehende Bezirksbürgermeister wie so oft nicht bei seiner eigenen SPD durchsetzen und wird noch nicht einmal angehört.

In Neukölln sind 149 junge Intensivtäter bekannt, die meisten davon mit Migrationshintergrund (NdH), die mehr als 2000 Straftaten alleine im Jahr 2007 verübt haben - das sind mehr als genug. Damit liegt Neukölln an der Spitze des Berliner Trends:

Derzeit (Stand 01/08) führt die Staatsanwaltschaft 502 Intensivtäter. Davon ist ca. 3/4 im Alter zwischen 14 und 21. Hiervon entfallen

46 % auf libanesische/arabische Täter, 34 % auf türkische und 5 % auf bosnische Personen. 17 % sind deutsche/russlanddeutsche Täter.

Bei den Gewaltdelikten werden darüber hinaus Personen gezählt, die mindestens 5 Gewalttaten begangen haben. Hier gibt es momentan knapp 4.400 Personen. Die Verteilung ist ähnlich wie zuvor.

Diese Entwicklung des Gewaltpotentials ist Gift für den sozialen Frieden, für den Anspruch der Bürgerinnen und Bürger auf ein sicheres Umfeld und dem Schutz von Leben und Eigentum. Es ist an der Zeit, klar und mit aller Deutlichkeit die Grenzen unseres Gesellschaftssystems zu ziehen, so wie es uns andere europäische Länder bereits seit längerem vormachen. Mehrfachtäter/ Intensivtäter, die keine Deutsche Staatsbürgerschaft haben, haben in Deutschland nichts verloren.

Für alle Täter gilt: die Verurteilung muss zeitlich "auf dem Fuße folgen", wie es die mutige Richterin Kirsten Heisig bereits vormacht. Wir sind der Auffassung, dass sich ihr Modell in Berlin durchsetzen muss. Darauf haben alle, gleich welcher Herkunft, einen Anspruch!

Innere Sicherheit ist längst eines der Hauptthemen der CDU und hat nichts mit "rechter Politik", sondern mit dem Schutz der Opfer und der Bürgerinnen und Bürger aller Nationalitäten zu tun.

Gutmenschen, die wegsehen und auf den "Multikultitraum" schwören, haben nicht verstanden, dass wir die Gesellschaft, das der Staat mit seinen Institutionen klar machen müssen, wo die Grenzen des erträglichen verlaufen.

Mit der Initiative "Von Rotterdam und London lernen" wollte die CDU Fraktion die Dienstreisen des Bezirksbürgermeisters nach

Rotterdam und London auswerten und die Reihe von guten Vorschlägen auf ihre Umsetzbarkeit hin überprüfen.

Doch die Überraschung war groß, dass dies nicht im politischen Interesse der Mehrheitsfraktionen lag. Der Antrag wurde abgelehnt...

Dabei ging es der CDU Fraktion um die Einrichtung eines Sonderausschusses, damit konkrete Vorschläge erarbeitet werden können, um diese dem Senat zu präsentieren.

"Damit fordern wir Rahmenbedingungen ein, um die drastische Verwahrlosung, die Jugendgewalt und Vermüllung öffentlichen Raums endlich in den Griff zu bekommen und zu verhindern, dass der Norden Neuköllns vollends abrutscht. Wir wollen den Norden nicht aufgeben und notfalls mit härteren Sanktionen vorgehen", erklärte der CDU Fraktionsvorsitzende Falko Liecke zur Begründung des Antrages.

Auch kommt hinzu, dass der rot-rote Senat die großen sozialen und strukturellen Probleme in Neukölln noch immer nicht ernsthaft genug zur Kenntnis genommen und notwendige Maßnahmen ergriffen hat, z.B. mit einem Programm, das Problemkizee besonders durch zusätzliche Mittel unterstützt. Mit dem Sonderausschuss wollten wir dazu beitragen, dass Brennpunkte in Neukölln nicht das alltägliche Leben bestimmen.



Viele Vorschläge wurden bereits diskutiert, wie die Probleme gelöst werden könnten. Dabei kam es jedoch nicht zu den notwendigen Maßnahmen, die wir in Problemkizeen

brauchen. Von Neukölln soll nun die Initiative gestartet werden, Instrumente an die Hand zu bekommen, endlich Handlungsfähigkeit zu zeigen und den Senat in die Verantwortung zu nehmen.

Doch vorerst müssen wir darauf hoffen, dass die Landespolitik auf den Neuköllner "Kassandra-Ruf" hört.

Verkehrsprojekte in Neukölln koordinieren!

von Conrad Clemens, verkehrspolitischer Sprecher

Die Investitionsmaßnahmen im Bereich Rixdorf, Richardkiez, Karl-Marx-Straße und Hermannplatz sind grundsätzlich geeignet, eine Umfeldverbesserung zu erreichen. Aber: ...

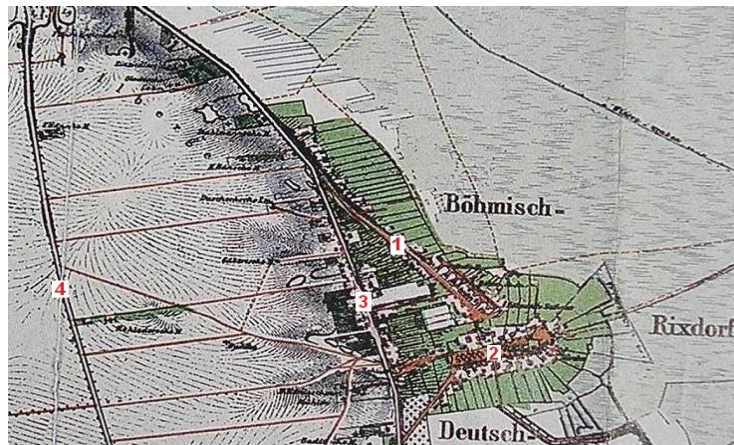
Die CDU Fraktion kritisiert vielmehr die Art und Weise wie diese Investitionen miteinander verknüpft und koordiniert werden. Diese Kritik zielt zunächst einmal auf einen ganz einfachen Punkt, den Stadtrat Blesing noch mal klären muss und das ist die Reihenfolge der Investitionsprojekte, denn nach unserer Auffassung können die Planungen nicht unabhängig voneinander betrachtet werden.

Nun müssen wir uns vor Augen führen, was diese Reihenfolge eigentlich bedeutet. Sie bedeutet, dass wir in der BVV umfassende Maßnahmen für das Böhmische Dorf (das ausschließlich von Nebenstraßen zur Karl-Marx-Straße durchkreuzt ist) beschließen, ohne das wir nur die leiseste Ahnung haben, was ein Jahr später auf der Karl-Marx-Straße passiert.

Danach werden wir höchstwahrscheinlich wieder eine Entscheidung treffen müssen, diesmal über die Planungen auf der Karl-Marx-Straße und wieder werden wir im Dunkeln tappen, was auf dem „Kopf“ der Karl-Marx-Straße, dem Verkehrsknotenpunkt Hermannplatz, passiert.

Herr Blesing hat nun von flexiblen Maßnahmen gesprochen. Ich frage mich aber, was bedeutet das: flexible, anpassungsfähige Maßnahmen. Angesichts der Visionen die im Zusammenhang mit der Karl-Marx-Straße bereits im Umlauf sind bis hin zu der genannten Einbahnstraße, fragen wir uns als CDU Fraktion wie flexibel kann eine straßenbauliche Maßnahme auf einer Nebenstraße eigentlich sein, wenn der Verkehr auf der Hauptstraße plötzlich nur noch in eine Richtung fahren darf.

Straßenbau ist kein besonders flexibles Geschäft. Nur die kleinste Justierung eines Bordsteins kostet den Bezirk gleich mehrere Tausend Euro. Und Herr Blesing spricht davon, dass die Maßnahmen sowohl auf eine Einbahnstraße als auch auf die Beibehaltung des Status Quo vorbereitet sind und in beiden Situationen einen positiven Effekt haben. Im Sinne der Transparenz für die Bürger bedarf es eines Gesamtplans. Wir wissen auch, dass diese Projekte nicht alle parallel angepackt werden



können, dass man eine Reihenfolge festlegen muss, aber die Straßenbauprojekte müssen doch durch ein Mindestmaß an Koordination verbunden sein.

Hierzu sollte ein Gesamtkonzept erarbeitet werden, welches zumindest die verkehrlichen Wechselwirkungen der unterschiedlichen Projekte prognostiziert.

Diese Wechselwirkungen sollten bei der Auswahl der Lösungsvarianten in den jeweiligen Projekten berücksichtigt werden.

Die Wechselwirkungen müssen den Bürgerinnen und Bürgern in den Beteiligungsprozessen präsentiert werden, so dass diese ihre Vorschläge einordnen können und größtmögliche Transparenz gewährleistet ist.

Ein Antrag der CDU Fraktion, der diese Forderung untermauern sollte, wurde allerdings von der Zählgemeinschaft abgelehnt. Ich appelliere daher an die anderen Fraktionen und den Baustadtrat, behutsam die Verkehrsprojekte im Norden Neuköllns zu koordinieren und mit den Bürgerinnen und Bürgern abzustimmen.

Umweltzone belastet den Mittelstand

von Klaus-Peter Mahlo, Vorsitzender des Wirtschaftsausschusses

Nach den derzeitigen Planungen des Senats ist es vorgesehen, dass in der zweiten Stufe der Umweltzone ab 01. Januar 2010 nur noch Fahrzeuge, die mit der grünen Plakette gekennzeichnet sind, die Umweltzone befahren dürfen.

Von dieser Regelung sind PKW und LKW mit deren Fahrzeuge nur mit Plakette gekennzeichnet kostenpflichtiger Sonderhinaus müssen insbesondere eine komplette Umrüstung nehmen. Oftmals ist eine möglich, weil die Industrie oder funktionierenden



berlinweit rund 140.000 Dieselmotor betroffen, einer gelben oder roten sind sowie Fahrzeuge mit genehmigung. Darüber dere gewerbliche Nutzer ung ihres Fuhrparks vor-Umrüstung jedoch nicht bisher keine passenden Rußfilter herstellt.

Hier ist die Existenz von schon Unternehmen geanschaffungen von Fahrzeugen keine finanzielle Mittel verfügbar haben bzw. aufgrund der schwachen Wirtschaftslage entsprechende Rückstellungen bilden konnten.

Hinzu kommt, dass diese Fahrzeuge häufig betriebswirtschaftlich bzw. steuerlich noch nicht abgeschrieben sind, eine Neuanschaffung damit für die Unternehmen nicht sinnvoll ist.

Die CDU Fraktion hat das Bezirksamt aufgrund dieser Problematik aufgefordert, sich bei der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung dafür einzusetzen, die zweite Stufe der Umweltzone bis mindestens zum 01. Januar 2012 zu verschieben.

Ausnahmegenehmigungen sollen möglichst vermieden werden, denn vielmehr kommt es darauf an, schnell und unbürokratisch eine Verschiebung der zweiten Stufe verbindlich festzulegen. Die zweite Stufe der Umweltzone darf nicht zum Verlust eines einzigen Arbeitsplatzes führen oder gar ganze klein- und mittelständische Unternehmen in finanzielle Bedrängnis führen.

kleinen und mittelständifährdet, weil sie für Neu-

Staufalle Britzer Tunnel?

von Christina Schwarzer, stellvertretende Fraktionsvorsitzende

Fast allmorgendlich, wenn sich die Blechkolonne auf der A100 gen Norden drückt, kommt es zu Unfällen, Staus und sonstigen Hindernissen, die Gaffer und andere nicht davon abhalten, auf die Bremse zu treten. Das führt u.a. dann, wie die Verkehrslenkung (VKRZ) Berlin kürzlich auf meine Nachfrage bekannt gab, zur Schließung von Zufahrten in den Britzer Tunnel:

„Da in Tunnelstrecken an Autofahrer gegenüber anderen Streckenabschnitten besondere Anforderungen gestellt werden, können hier selbst bei umsichtiger Fahrweise Verkehrsunfälle nicht immer vermieden werden. Um eine erhöhte Sicherheit für Autofahrer gewährleisten zu können, muss unter Einbeziehung vorhandener technischer Einrichtungen ein Rückstau in die Tunnel hinein vermieden werden. Die VKRZ muss deshalb bei drohender verkehrlicher Überlastung von mit Verkehrstechnik ausgestatteten Tunnelstrecken auf den Berliner Autobahnen regelnd in den Verkehrsablauf eingreifen.“

Um einen Rückstau auf der A 100 in Fahrtrichtung Autobahndreieck Funkturner bis in den Britzer Tunnel hinein zu vermeiden, wird der Stau durch zeitweilige Sperrung eines Fahrstreifens im Autobahndreieck Neukölln (A 113) und/ oder der Zufahrten Britzer Damm und Buschkrugallee vor den Tunnel verlagert und durch dieses Kapazitätsmanagement in der Regel eine sonst erforderliche Sperrung der Tunnelröhre vermieden.

Da keine zusätzlichen Informationen zur Begründung der zeitweiligen Fahrstreifensperrung auf der Autobahn angezeigt werden können, sind verständlicherweise die getroffenen Regelungen für die Autofahrer nicht sofort nachvollziehbar.“

Mangels hinreichender Umfahrungen der Britzer Zufahrten bilden sich dann bei Sperrungen erhebliche Staus. Dieses Problem hat das Bezirksamt und die VKRZ bislang nicht in den Griff bekommen.

Scheinvaterschaft: CDU kritisiert rot-roten Senat für Blockadehaltung

Die Scheinvaterschaft entwickelt sich schon seit langem zu einem guten Geschäft zu Lasten des Steuerzahlers. Es muss endlich gehandelt und die zentrale Bearbeitung solcher Delikte direkt bei der Ausländerbehörde angesiedelt werden, nicht dezentral bei den Bezirken, damit der Missbrauch schnell aufgedeckt werden kann.

Selbst bei zusätzlichen Personalkosten sind diese schnell wieder gespart, wenn der massive Missbrauch dadurch eingedämmt werden kann. Doch der Innensenator blockt Bezirke schultern, ständigkeit. Diese Aufgabe würde Geld ersparen und ten. Auch die Justiz-keinen Handlungs-vermutet werden, Senat kein Interes-quenten bundesrechtlichen Umsetzung des Gesetzes hat - zu Lasten der Steuerzahler und der Bezirke!



Das Neuköllner Standesamt geht bei den in Neukölln beurkundeten Vaterschaftsanerkennungen von rund 60 Scheinvaterschaften im Jahr aus. Indizien hierfür sind, dass Väter den Namen der Kindesmutter und andere persönliche Daten überhaupt nicht kennen und sie weder zum Kind noch zur Mutter eine persönliche Beziehung zeigen.

Dabei handelt es sich meist um Hartz IV-Empfänger, die ohnehin nicht für den Unterhalt der Mütter und Kinder aufkommen können. Weiterhin wird in allen Fällen ein Bleiberecht in Deutschland erworben. Insgesamt ist davon auszugehen, dass in Neukölln rd. 250.000 € p.a. Transfermittel ungerechtfertigt bezogen werden.

Rudow: Bedrohung von Bürgern unerträglich

von Thomas Lepp

Mitte des Jahres wurden zwei Familien mit ausländischer Herkunft durch Brandanschläge von rechten Jugendlichen im Rudower Blumenviertel bedroht.



Die Täter sind inzwischen geschnappt und müssen sich dafür verantworten. Schlimm genug, aber jetzt erhält eine Familie Drohbriefe und wird weiter schikaniert.

Die jugendlichen Täter müssen schnell und hart für Ihre Straftaten verurteilt werden, damit auch ein abschreckendes Zeichen gesetzt wird. In vielen Gesprächen mit einer der betroffenen Familie habe ich unsere Solidarität und Unterstützung zugesagt.

In der letzten BVV am 03.12.2008 haben wir einen Antrag eingereicht, der durch zusätzliche Mittel und die Einrichtung eines Jugendclubs begleitet durch Streetworker die Jugendlichen von der Straße holen und Aufklärungsarbeit leisten soll. Das Ziel ist es, Jugendliche von solchen rechten Gruppen fern zu halten.

Für uns ist klar, dass politisch motivierte Anschläge jedweder Art, egal welche Begründung zu ihrer Rechtfertigung missbraucht wird, nicht akzeptabel ist. Es ist uns wichtig, dass alle Neuköllnerinnen und Neuköllner unabhängig von ihrer Religion, Weltanschauung, Hautfarbe, Nationalität oder ihrer sexuellen Orientierung im Bezirk frei von Angst um ihre körperliche Unversehrtheit leben können.

Wohnungsbordelle im Kiez - Anwohner schützen

von Nader Khalil

In Neukölln, besonders im Flughafenkiez, gibt es bereits seit Jahren Anwohnerbeschwerden über vor allem illegale Wohnungsbordelle oder sogenannte "Bockwohnungen".

Oftmals werden hauptsächlich ausländischen Frauen in Kneipen oder Cafés im Kiez angeboten, um das "Geschäft" in privaten Wohnungen zu vollziehen.

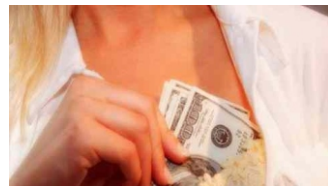
Diese illegalen Machenschaften werden begleitet von weiteren kriminellen Handlungen wie dem Waffen- oder Drogenhandel. Nicht selten verbirgt sich auch hinter diesen Geschäftstätigkeiten der organisierte Menschenhandel.

Frauen werden zu sexuellen Handlungen gezwungen, ihre Pässe werden entzogen und Gewalt und Erniedrigung bestimmen ihr Leben.

Dazu kommen massive Störungen von Familien mit Kindern und friedlichen Anwohnern, die um ihre Sicherheit fürchten, wenn betrunken Freier sich in der "Tür irren" und lautstark nach ihrem Bedürfnis verlangen. Die CDU Fraktion ist entschieden

gegen das illegale Geschäft mit Menschen und versuchte über eine Antragsinitiative in der BVV Neukölln, diese Bordelle zu verhindern. Das kommt auch den Frauen zu Gute, die unter menschenunwürdigen Bedingungen zu solchen Handlungen gezwungen werden.

Der Senat hat kürzlich klargestellt, das bordellartige Betriebe in Wohn- und Mischgebieten nicht als



grundsätzlich zulässig einzustufen sein.

Die bisherige Rechtsprechung ist dabei eindeutig: "In Baugebieten, die per Gebietsbeschreibung dem Wohnen dienen und nicht durch Gewerbe geprägt sind, ist die Ausübung der Prostitution immer wieder als eine das Wohnen störende Nutzung und deshalb als unzulässig beurteilt worden."

Ergo: Bordelle in Gewerbebetrieben sind ok, in Wohngebieten nicht! Das stimmt übrigens auch mit der CDU Meinung überein. Wir sind

nicht gegen Bordelle an sich, sondern nur dort, wo sie friedliebende Bürger stören.

Wir sehen in der Haltung des zuständigen SPD Baustadtrats Blesing ein Problem, der nach unserer Sicht das Verhalten von Kriminellen toleriert und nur ungenügend dagegen vorgeht. Im letzten Jahr erklärte er noch: „Wir denken nicht einmal daran, Wohnungsbordelle zu schließen, wie das in Charlottenburg-Wilmersdorf der Fall ist.“

In der Konsequenz muss also, bis auf wenige Ausnahmeregelungen zu ordentlichen Einrichtungen, davon ausgegangen werden, dass Wohnungsbordelle im Bezirk restriktiv verhindert werden müssen.

Das gilt freilich nicht für Einrichtungen, die sauber, ruhig und ordentlich geführt werden und vor allem die Umstände für die dort arbeitenden Frauen den geltenden Gesetzen entsprechen.

Alle anderen Wohnungsbordelle müssen seitens des Bezirksamtes rigoros untersagt werden, denn das trägt auch zu mehr Lebensqualität und einem angenehmen Wohnumfeld für die Neuköllnerinnen und Neuköllner im Flughafenkiez bei.

CDU startet Initiative für Lehrstellen

Jugendliche, die wenig Chancen auf dem Arbeitsmarkt haben, sollen künftig mit der Fachgemeinschaft Bau kooperieren und eine Lehrstelle bekommen. Dafür setzte sich Klaus-Peter Mahlo mit seinem Antrag ein, der mehrheitlich beschlossen wurde.

Die Bauwirtschaft hat einen großen Bedarf an Fachkräften, der sich in den kommenden Jahren deutlich erhöhen wird. Dem gegenüber stehen viele schwer vermittelbare Jugendliche ohne Berufsabschluss.

Wir wollen, dass solche Jugendlichen einen Schulabschluss nachholen und eine Berufsausbildung abschließen. Das klappt aber nur, wenn sie sich darauf konzentrieren und raus aus ihrem Milieu kommen. Daher ist das "Lehr-Internat" eine gute Möglichkeit.

Impressum

CDU Fraktion Neukölln
Falko Liecke (V.i.S.d.P.)
Karl-Marx-Straße 83
12040 Berlin

www.cdu-fraktion-neukoelln.de
Info@cdu-fraktion-neukoelln.de

Tel.: 030 6809 3543
Fax: 030 6809 2713

Ausgabe IV. Quartal 2008